

Hört die Stimmen unserer Kinder!

Von Laura Tomassini, Lex Kleren, Misch Pautsch, Zheni Sturm
Veröffentlicht am 29. Nov. 2023

Diesen Artikel hören



18:13



Partizipation ist eines der Schlagworte bei Luxemburgs Politiker*innen. Wer jedoch nur selten gefragt wird, sind Kinder. Verschiedene Projekte zeigen aber, dass gerade die Jüngsten des Landes Demokratie oft am meisten leben. Ein Denkanstoß für die neugewählte Regierung.

122.643 Kinder zählte das Großherzogtum am 1. Januar vergangenen Jahres. 122.643 Bürger*innen mit Rechten, die ihnen 1989 von der UN-Kinderrechtskonvention zugesichert wurden und seit diesem 1. Juli auch in der luxemburgischen Verfassung verankert sind. Ein Recht haben Kinder hierzulande jedoch nicht: das Recht zu wählen. 2023 war Superwahljahr in Luxemburg mit den Gemeindewahlen am 11. Juni und den Chamberwahlen am 8. Oktober. Beide Male stand die Partizipation und explizit jene von Kindern und Jugendlichen zwar im Wahlprogramm der einzelnen Parteien, so wirklich ernst zu nehmen scheinen die Gewählten Jugendbeteiligung jedoch nicht, betrachtet man den nun veröffentlichten Koalitionsvertrag 2023-2028.

Ganze 25 Treffer gibt es für das Wort Partizipation in der digitalen Version von Lëtzebuerg fir d'Zukunft stäerken – nur drei davon betreffen Minderjährige. Einmal geht es um Austauschprogramme wie etwa Erasmus+, ein weiteres Mal um die Modernisierung der Lehrpläne und ein drittes Mal – endlich! – um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Auf Erleichterung folgt jedoch Ernüchterung, denn dem Thema werden ganze drei Sätze mit Altbekanntem gewidmet: mehr Ressourcen für Schülerkomitees, die nationale Schülerkonferenz (CNEL) und partizipative Projekte in den Gemeinden.

Eine Jugend, die sich interessiert

"Wir werden halt in der Schule, aber auch generell nur als Schüler wahrgenommen, während wir uns selbst allerdings als Schüler und Menschen sehen. Das sind zwei ganz verschiedene Perspektiven", meint Mia Spina-Barboni. Die Dreizehnjährige interessiert sich seit diesem Jahr für Politik und hat beide Wahlen aktiv mitverfolgt. Ihr Interesse entstammt dabei nicht etwa einem Schulfach, sondern fand seinen Ursprung in Schulbank- und Pausenhof-Gesprächen mit Gleichaltrigen. "Viele meiner Freunde kommen aus ausländischen Familien, deshalb war bei uns der Aufschwung von rechten Parteien ein großes Thema", erklärt Mia.

Das, was unter Klassenkamerad*innen besprochen wurde, ließ die Gymnasiastin auch zuhause nicht los, so dass die Gespräche beim Abendbrot auf einmal eine ganz neue Richtung nahmen: "Über Tisch haben sich meine Eltern über Politik unterhalten und waren ganz erstaunt, als ich mitreden konnte." Mia suchte Rat bei ihrem Stiefvater, der ihr Luxemburgs Wahlsystem erklärte und Auskunft über die unterschiedlichen Parteiprogramme geben konnte. "Am Wahltag haben wir dann zusammen die Entwicklungen im Fernsehen mitverfolgt, weil es mich einfach sehr interessiert hat, was dabei rauskommen würde", so die Jugendliche.



Mia Spina-Barboni

Durch die vielen Wahlplakate hatte sie sich bereits selbst einen guten Überblick über die verschiedenen Kandidat*innen des Landes verschafft und die Push-Nachrichten von Luxemburgs größtem Nachrichten-Sender hielten sie konstant auf dem Laufenden. Der einzige Haken: als Dreizehnjährige ist Mia nicht wahlberechtigt. Um ihre Stimme abgeben zu dürfen, muss sie sich noch weitere fünf Jahre gedulden, also bis zum Ende der nun angelaufenen Amtszeit. Eine Tatsache, die sie mit gemischten Gefühlen wahrnimmt: "Mit 18 ist man sich einerseits schon mehr seiner Handlungen bewusst, andererseits ist man auch schon erwachsener und nicht mehr so jugendlich wie etwa mit 16. Ich fände eine Absenkung des Mindestwahlalters gut, denn dann kann man besser zu den Themen, die Jugendliche bewegen, mitreden, da man selber weiß, wie man sich in dem Alter fühlt."

"Etwa ein Fünftel der Luxemburger Bevölkerung ist noch keine 18 und hat somit kein Wahlrecht. Es geht bei den Wahlen zwar um ihre Zukunft, [...] dennoch

sind sie von der Entscheidung, wer diese gestalten wird, ausgeschlossen."

Paul Heber, Kommunikationsbeauftragter von Unicef Luxembourg

Dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen gefragt sein sollte, egal ob mit oder ohne Wahlrecht für Minderjährige, betont Paul Heber, Kommunikationsbeauftragter von Unicef Luxembourg. Im Mai veröffentlichte die Organisation ein Manifest im Rahmen der Kampagne Wiel fir all Kand, um so für mehr Berücksichtigung von Kinder-Anliegen beim Wählen zu sensibilisieren. "Etwa ein Fünftel der Luxemburger Bevölkerung ist noch keine 18 und hat somit kein Wahlrecht. Es geht bei den Wahlen zwar um ihre Zukunft, schließlich ist diese noch viel länger als für uns Erwachsene, dennoch sind sie von der Entscheidung, wer diese gestalten wird, ausgeschlossen", erklärt Heber den Hintergrund des Manifests.

Zwar habe sich Luxemburg mit der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention auch der Einhaltung des darin enthaltenen Artikel 12, also dem Recht auf Beteiligung verpflichtet – eine Unterschrift allein bedeute aber noch lange nicht, dass Partizipation auch wirklich stattfindet: "Damit jemand mitreden kann, muss der Person auch zugehört werden und hier existieren leider noch viele Barrieren. Dabei handelt es sich bei Beteiligung eigentlich um ein fundamentales Menschenrecht." Um den Weltkindertag am 20. November würden immer viele partizipative Projekte organisiert – Kinderrechte gelten jedoch das ganze Jahr über und nicht nur an einem festgelegten Tag.

Ein Balanceakt

"Kein Mensch ist zu klein, um teilzunehmen und niemand ist zu jung, als dass seine Stimme gehört werden sollte", meint ebenfalls Tom Ketter vom Zentrum für politisch Bildung, kurz ZpB. Partizipation mache immer Sinn und kenne keine Grenzen, nur Rahmen. Besonders in Sachen Kinderrechte gebe es jedoch oft Hürden auf Erwachseneneseite, erklärt Ketter: "Es besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Respekt vor dem Willen von Kindern und der Verantwortung seitens der Erwachsenen. Wie gültig ist die Meinung eines Kindes, dem es an Lebenserfahrung und Wissen fehlt? Das ist oft die Frage, die sich im Rahmen von Beteiligung stellt, doch diese fängt schon an, wenn Kinder eine Wahl haben. Sie müssen nicht sofort ein Pamphlet schreiben."

Schon Kleinkinder drücken ihre Gefühle, Interessen und Bedürfnisse aus, ohne diese verbal mitzuteilen. Es obliege Erwachsenen, Rahmen zu schaffen, in denen diese auch wahrgenommen und berücksichtigt werden, ohne aber ihre elterliche und erzieherische Verantwortung zu vernachlässigen. Um jedoch teilnehmen zu können, brauchen junge Bürger*innen auch Information, denn diese stellt einen Grundpfeiler für gelingende Partizipation dar: "In vielen Betreuungsstrukturen hängen Bilder von Objekten und Spielzeug an den Schränken, so dass sich die Kinder orientieren können. Es gilt, Infos kindgerecht weiterzugeben, damit eine gemeinsame Kommunikationsbasis geschaffen wird", erklärt Ketter.

Wählen ab 16? Nein danke!

✓ Erinnerung ans Referendum



Paul Heber

Das Schwierige daran: für Erwachsene einerseits das Einverständnis, Macht abzugeben, andererseits für Kinder, Verantwortung zu übernehmen und sich an ihr Mitspracherecht zu gewöhnen. "Wenn man in der Grundschule jahrelang tun soll, was einem gesagt wird, dann muss man Partizipation erst üben und lernen, dass Fehler ok sind", so Ketter. Wichtig sei hier der bereits erwähnte Rahmen: wenn etwas Beschlossenes schiefläuft, muss der*die Entscheidungsträger*in auch mit den Konsequenzen leben – natürlich auf altersgerechter Ebene, quasi "kontrolliert bäilafen", sprich Patzer und Misserfolge müssen aufgefangen werden.

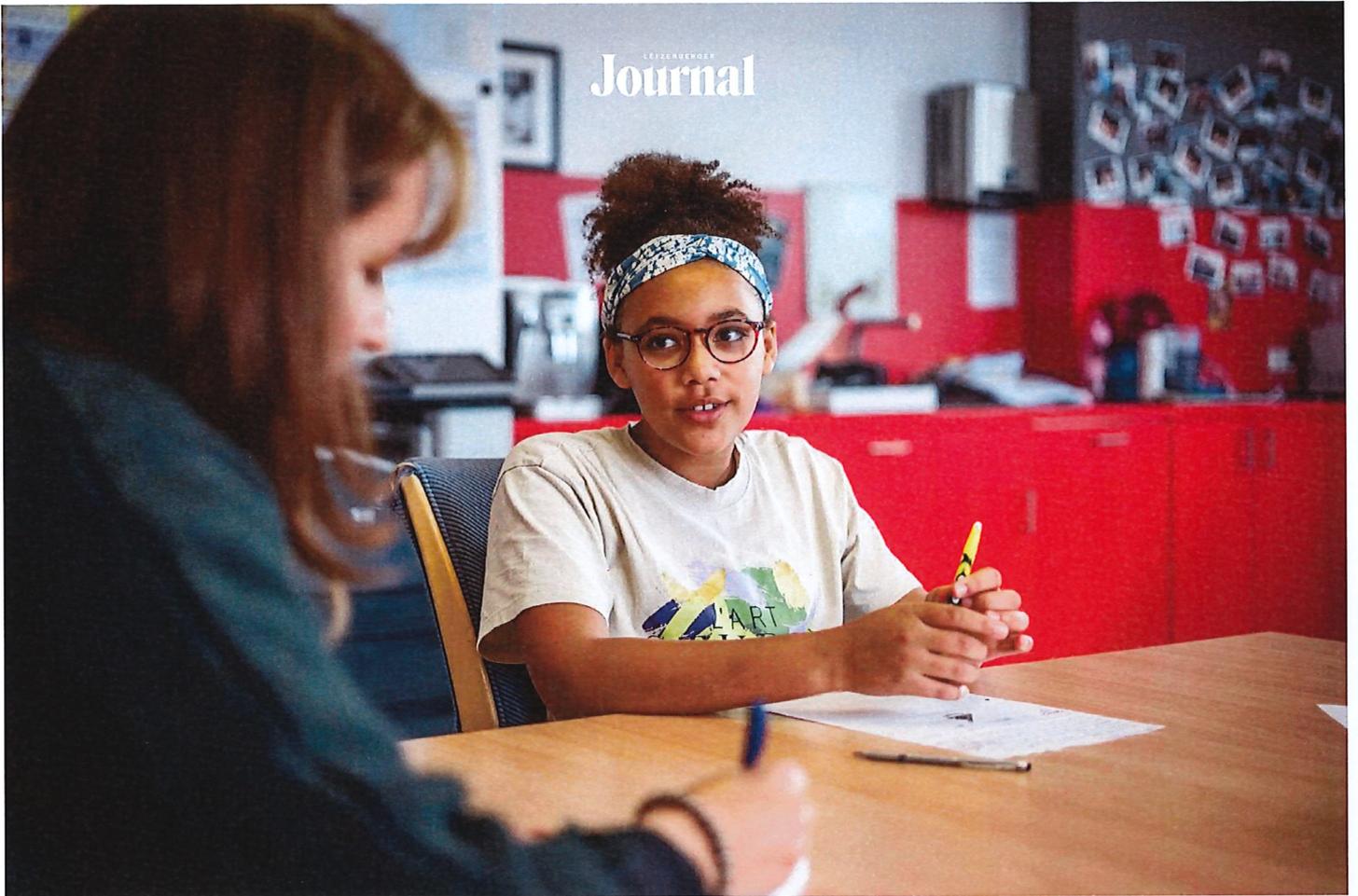
Kindergemeinderäte wie in Petingen und Bartringen zeigen, wie das geht. 2009 gründete letztere ein Gremium für Schüler*innen des Cycle 4. Das Ziel: Kinder einerseits in lokale Entscheidungsprozesse einbinden und gemeindeeigene Infrastrukturen, Projekte und Angebote an die Bedürfnisse von jungen Einwohner*innen anpassen. Andererseits aber auch Demokratie lehren und zwar durch ein Wahlsystem, wie es auch die "Großen" kennen.

"Vor den Allerheiligenferien wird in den einzelnen Schulen der Gemeinde gewählt. Jede Klasse stellt einen Vertreter, der dann im Kindergemeinderat die Interessen seiner Mitschüler*innen vertritt." erzählt Joëlle Rippinger, eine der vier Betreuerinnen (zwei Erzieherinnen und zwei Lehrerinnen) des Bartringer "Kannergemengerot".

Auf lokaler Ebene mitbestimmen

Wahlplakate, -kabinen und -zettel, Auszählung, Protokolle und Präsenzlisten: die Schulkinder wählen genauso, wie sie es auch mit 18 offiziell tun werden. Wer es in den Kindergemeinderat schafft, der*die hat ein reelles Mitspracherecht innerhalb der Gemeinde, denn der Schöfferrat von Bartringen steht in regelmäßigem Kontakt mit den Kindern. "Ich hätte nicht gedacht, dass die Erwachsenen sich so viel Zeit nehmen, um uns zuzuhören. Wir werden wirklich ernst genommen und das macht einfach Spaß", meint Loïs, die nun bereits zum zweiten Mal Teil des Gremiums ist. Die Elfjährige interessiert sich zwar noch nicht für Politik per se – Mitspracherecht und die Teilnahme an Entscheidungen hingegen liegen ihr sehr am Herzen, vor allem bei Themen, die sie direkt betreffen.

In ihrem persönlichen Wahlprogramm standen unter anderem die Gründung einer Schülerzeitung sowie die Anbringung von mehr Aschenbechern in Bartringen, denn die vielen Zigarettenstummel am Boden stören die Schülerin zunehmend: "Diese schaden unserer Umwelt!" Auch Gemeinderätin Emily setzt sich für ein harmonisches Miteinander ein und forderte auf ihrem Plakat unter anderem mehr Spendenaktionen für Menschen, denen es weniger gut geht als ihr. Die Zwölfjährige wurde bereits zum dritten Mal in Folge in den Kindergemeinderat gewählt und freut sich, so kurz vor ihrem Wechsel ins Gymnasium noch mal aktiv mitreden zu dürfen.



Lois (11)

"Als ich mich in der vierten Klasse zum ersten Mal meldete, wusste ich nicht so richtig, was mich erwarten würde, aber das Projekt klang interessant. Das erste Jahr war ich noch relativ ruhig und habe eher zugehört. Dann bin ich selbstbewusster geworden und arbeite seit meiner zweiten Amtszeit aktiv mit", so die Schülerin. Ob sie sich vorstellen kann, irgendwann einmal wirklich Politikerin zu werden, findet Emily aktuell noch zu weit hergeholt – "ich weiß noch nicht einmal, in welches Lyzeum ich gehen werde!" –, doch auf die Projekte, die sie bereits mit den anderen Kindergemeinderät*innen realisieren konnte, ist sie schon mächtig stolz. Auch Pressian, der dieses Jahr zum ersten Mal von seinen Schulkamerad*innen gewählt wurde, will sich künftig für gezielte Aktionen einsetzen.

"Mein Vater war bereits Klassensprecher und ist mein Vorbild. Er hat mir bei meinem Wahlplakat geholfen und ich bin froh, dass ich dieses Jahr genug Stimmen erhalten habe, denn ich finde, dass ich gute Ideen habe", sagt der Zehnjährige. Zu diesen gehören eine Schulcafeteria, eine Chill-Ecke als Rückzugsort sowie Beete, in denen die Schüler*innen selbst Gemüse anpflanzen können. In die Politik will Pressian später nicht – "das ist mir zu viel Verantwortung" –, doch auch er findet es wichtig, dass Kinderstimmen gehört werden. "Jeden Freitag führen wir in unserer Klasse eine Gesprächsrunde, in der jeder sagen kann, was er gerne will. Die Ideen nehme ich dann mit in den Kindergemeinderat."

Sich für etwas einsetzen

Die Diskussionen in der Gruppe und der Austausch mit anderen empfinden die drei Mitglieder als hilfreich, denn so lerne man, besser für die eigenen Ideen zu argumentieren und genau darum geht es auch. "Das Wichtigste am

Projekt ist der ganze Prozess. Der Kindergemeinderat ist kein Schulfach, sondern eine Möglichkeit für die Gewählten, für ihre Ideen einzustehen, sich für Veränderung einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Man merkt, dass den Kindern, die sich zur Wahl melden, nicht alles egal ist. Sie haben eine Meinung und wissen genau, wo sie hinwollen", sagt Joëlle Rippinger.

Kein Wunder, findet Tom Ketter vom ZpB, denn vor allem auf lokaler Ebene seien Kinder oftmals die wahren Expert*innen, schließlich verbringen diese die meiste Zeit ihres Alltages innerhalb ihrer Gemeinde: "Sie wissen genau, wo sich Zebrastreifen befinden, an welcher Stelle Autos zu schnell fahren oder wo es noch an Grünflächen fehlt."

Kindergemeinderat

- ✓ **Bartringen**
- ✓ **Petingen**

In Schulen, aber auch im non-formalen Bildungsbereich, sprich in SEA-Betreuungsstrukturen (Services d'éducation et d'accueil pour enfants), Jugendhäusern oder Jugendräten werde mehr und mehr partizipativ gearbeitet und genau dies führe dazu, dass manche engagierte Jugendliche auch irgendwann im Jugendparlament oder einer Partei landen würden. "Es gibt wahnsinnig viele Möglichkeiten, junge Menschen in Entscheidungsprozesse einzubinden und so Partizipation zu lehren", betont Ketter. Wichtig sei es, transparent mitzuteilen, wo Beteiligung stattfinden kann und wo ihre Grenzen liegen, aber vor allem Kinder in ihren Anliegen ernstzunehmen.

Das A und O: Zusammenarbeit, denn starre Bevormundung tut Kindern nicht gut, während das Aufziehen sogenannter "enfants rois", also Kinder, die immer alles und sofort haben wollen, auch nicht Sinn und Zweck von Partizipation ist. "Wenn Kinder plötzlich alles bestimmen dürfen, handelt es sich nicht mehr um Beteiligung, sondern um eine Diktatur des Kindes. Bei Partizipation geht es um Partnerschaft, also Entscheidungen gemeinsam zu fällen", betont Ketter. Es brauche mehr Gelegenheiten, in denen solche Kollaborationen stattfinden können, etwa Schulparlamente wie in Fentingen, Mini-Gruppenräte wie die der Pfadfinder*innen in Walferdingen und Roeser oder eben Kindergemeinderäte.

"Kein Mensch ist zu klein, um teilzunehmen und niemand ist zu jung, als dass seine Stimme gehört werden sollte."

Hier lernen die Beteiligten, dass Engagement sich lohnt, aber auch, dass nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen – genau wie im realen Leben. "Manchmal erhalten die Kinder nicht die gewünschte positive Antwort und es entsteht ein gutes Projekt, hin und wieder klappt es aber auch nicht mit ihren Ideen und ihnen wird erklärt, wieso", sagt Joëlle Rippinger. So scheitert es gelegentlich an Budgetfragen oder am Timing. Der Wunsch nach Haustieren in der Maison Relais oder einem besseren Mülltrennungssystem ist so bislang noch nicht in Erfüllung gegangen. Andere hingegen schon (siehe Infobox).

Unabhängig davon, welche Projekte schlussendlich während des Jahres umgesetzt werden, dürfen die Kinder diese im Juli dem Schöfferrat präsentieren, wo ihre Arbeit geehrt wird. "Direkt nach den Wahlen verkündet unsere Bürgermeisterin auch immer persönlich das Resultat. Es ist enorm wichtig, dass die Kinder sich wertgeschätzt fühlen", meint Rippinger. Dass die Strategie aufgeht, zeigt das große Interesse am Projekt Kannergemengerot: alleine dieses Jahr hatten sich insgesamt 63 Schüler*innen für die verfügbaren 13 Plätze gemeldet.



Sicherlich spiele hierbei auch die vorherrschende "Wahlpflicht" innerhalb der Grundschulen eine Rolle – jede*r, der*die am Wahltag präsent ist, muss seine Stimme abgeben. "Natürlich können die Schüler auch einen leeren oder ungültigen Zettel in die Urne werfen, aber die meisten sind sich bewusst, dass ihre Stimme zählt, denn wir setzen sehr stark darauf, dass dies auch im Vorfeld so kommuniziert wird", so Rippinger. Im Fach "Vie et Société", kurz VieSo, spielen Politik und Wahlen immer wieder eine Rolle, besonders in einem Superwahljahr wie 2023. Ein spannendes Projekt, das Kindern die Themen jedoch wirklich nahebringt, sei der Zug der Demokratie, der dieses Jahr am 17. November stattfand.

"Das Projekt existiert seit 2018 und ist immer ein großer Erfolg", bestätigt Tom Ketter vom ZpB, welches den Zug gemeinsam mit dem partizipativen Kannermusée Plomm von Wiltz (Centre d'Art et de Culture), der nationalen Eisenbahngesellschaft (CFL) und Luxtram organisiert. Jedes Jahr treffen sich Schulklassen mit Abgeordneten in der "Chamber", um hier über ihre Anliegen, Projekte und Ideen zu diskutieren. Der Austausch hat bereits mehrere Male gefruchtet, so Ketter: "Zwei Projekte, die daraus entstanden sind, sind der Garten auf dem Flachdach der Grundschule auf Belair, der 2020 im Rahmen des Zuges besprochen und 2022 eingeweiht wurde, sowie die Geschwindigkeitsreduzierung und verbesserte Absicherung der Zebrastreifen entlang des Schulwegs in Kayl, für die Max Hahn und Francine Closener vor Ort waren."

Politik verstehen und kennen lernen

✓ Praktische Beispiele des ZpB



Tom Ketter

Wenn alle Parteien gewillt sind, einander zuzuhören, dann klappt das auch mit der Partizipation. "Wir merken, dass die Kinder richtig in ihre Rolle hineinwachsen und die, die schon länger dabei sind, quasi schon professionelle Politiker sind", meint Joëlle Rippinger. Die besprochenen Themen weichen dabei oftmals gar nicht von jenen ab, die auch auf nationaler Ebene diskutiert werden, halt nur heruntergebrochen auf jene Kontexte, die Kinder aktiv erleben.

Ein großes Stichwort, das auch Unicef in ihrem Manifest hervorhebt, ist die soziale Kohäsion. Während sich Zusammenhalt im Bartringer Kindergemeinderat eher un(ter)bewusst durch Ideen wie den "Naschelwee", also das Pflanzen von Obstbäumen und Beerensträuchern neben der Schule, um Kindern aus finanziell schwächer gestellten Familien, die nur wenig Geld für ein Pausenbrot oder Snacks haben, eine gratis Alternative zu

bieten, ausdrückt, legt Paul Heber den Finger direkt in die Wunde: "In Luxemburg sind immer noch eine Reihe von Themen Tabu, so etwa Armut."

Die Betroffenen in Entscheidungsprozesse einbinden

Das Großherzogtum ist zwar laut World Economic Outlook (WEO-Bericht) des Internationalen Währungsfonds (IWF) von April 2023 mit einem Bruttoinlandsprodukt von 132.372 Dollar pro Kopf das reichste Land der Welt, gleichzeitig schneidet Luxemburg im Ranking der OECD-Länder (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) bei Kinderarmut eher mau ab: auf Platz 13 von 40 (Stand 2019). 15,3 Prozent der Null- bis 17-Jährigen leben hierzulande in Armut, 29,5 Prozent der Kinder sind laut Eurostat armutsgefährdet und Luxemburg somit auf Platz sechs in Europa.

"Eine rezente Statistik zeigt, dass, würden Sozialtransferleistungen wie Kindergeld oder die kostenlose Bereitstellung von Schulbüchern wegfallen, fast 50 Prozent der Luxemburger in Armut leben würden", betont Heber. Der Staat habe einen großen Einfluss auf das Wohlbefinden seiner Bürger*innen, deshalb sei es auch wichtig, dass ihre Anliegen zumindest gehört werden, unabhängig von ihrem Alter. Es werde viel auf partizipative Projekte innerhalb der Schule gesetzt, dies übe jedoch großen Druck auf das Lehrpersonal aus, dem die Verantwortung zugeschoben wird, anstatt dass sich die Gesellschaft als Ganzes der Aufgabe annimmt, so Heber.

"Ich hätte nicht gedacht, dass die Erwachsenen sich so viel Zeit nehmen, um uns zuzuhören. Wir werden wirklich ernst genommen und das macht einfach Spaß."

Loïs (11), Mitglied des Bartringer Kindergemeinderat

Ob eine Senkung des Wahlalters der richtige Weg ist, um aktive politische Partizipation zu fördern, sei eine rein politische Frage, findet Tom Ketter vom ZpB. Kinderstimmen in der Politik zu hören und diese als Zielgruppe auch klar in Entscheidungsprozesse einzubinden, mache jedoch Sinn, denn: "Wenn Erwachsene sich treffen, wird meist stundenlang über das Problem diskutiert, anstatt sich den Lösungen zu widmen. Kinder sind da viel effizienter und kommen schneller zu konkreten Schlüssen." Auch die dreizehnjährige Mia sieht in Partizipation großes Potenzial, das genutzt werden sollte: "Ich bin mir bewusst, dass die Parteien gezielt ältere Menschen anvisieren, da diese das Wahlrecht besitzen. Wenn die Politik aber auch junge Menschen erreichen möchte, dann muss sie sich auch in uns hineinversetzen."

Die Teenagerin will auch die kommenden Jahre aufmerksam verfolgen, wie sich Luxemburgs Politiklandschaft entwickelt, denn: "Es ist nicht nur wichtig, sich im Wahljahr für Politik zu interessieren; das, was dazwischen passiert, ist mindestens genauso bedeutsam, wenn nicht sogar noch mehr." Die befragten Erwachsenen und Kinder sind sich einig: Partizipation ist ein fester Teil von Demokratie und Kinder sind nun einmal Demokrat*innen. Für eine stabile und funktionierende Gesellschaft braucht es eine Generation, die demokratische Werte kennt und lebt – und das nicht erst, wenn ein Kreuz auf dem Wahlzettel fällig wird.



Lois, Emily & Pressian



Veröffentlicht am 29.11.2023

Aktualisiert am 30. Nov. 2023 um 08:37



Laura Tomassini

Freie Journalistin



Lex Kleren

Fotojournalist und Bildredakteur



Misch Pautsch

Journalist und Fotojournalist



Laurent Sturm

Freelance Fotograf